

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Anbindung des Überseehafengebietes an die A 27 – Ausbau der Cherbourger Straße**

Bremerhaven ist eines der bedeutenden Zentren der maritimen Wirtschaft in Deutschland und Europa. Vor allem Container- und Autoumschlag sowie die Logistik haben über Jahre zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt, auch wenn zuletzt krisenbedingt ein Einbruch zu verzeichnen war. Inzwischen sind in den Umschlagszahlen Anzeichen der Erholung mit in den letzten Monaten wieder zweistelligen Zuwachsraten zu sehen. Prognosen gehen davon aus, dass mit einer zeitlichen Verzögerung wieder an die positiven Wachstumszahlen angeschlossen werden kann. Diese Entwicklung betrifft auch die Hinterlandverkehre und erfordert eine entsprechende Anpassung der Hafenanbindung.

Der Senat und der Magistrat der Stadt Bremerhaven haben die Anbindung des Überseehafens an die A 27 auf einen zweistreifigen Straßentunnel mit Standstreifen (die sogenannte Variante 3.2+E) als Vorzugsvariante dokumentiert. Der Bund hat zugesagt, für dieses kommunale Bauprojekt auf Grundlage der vorliegenden Kostenschätzung von 160 Mio. €, einen Finanzierungsanteil von 120 Mio. € nach Maßgabe des § 5 a Fernstraßengesetz zu übernehmen. Weitere 15 Mio. € hat die Hafenwirtschaft zugesagt.

Zwischenzeitlich ist die Kostenschätzung in eine Kostenberechnung gemündet, die zur Prüfung an die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GMBH (DEGES) weitergeleitet wurde. Darüber hinaus läuft die Genehmigungsplanung. Mit einem Planfeststellungsbeschluss kann nach jetziger Planung für Ende 2011 bzw. Anfang 2012 gerechnet werden.

Um mit dem Bau wie geplant 2012 beginnen und ihn 2016 fertig stellen zu können, ist es jetzt notwendig, alle finanziellen Mittel verbindlich sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass die Hafenwirtschaft mit der Gründung des „Vereins zur Förderung des Hafentunnels“ die Voraussetzung geschaffen hat, ihren zugesagten Anteil von 15 Mio. € für die Realisierung des Hafentunnels beizusteuern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Absicht von Senat und Magistrat der Stadt Bremerhaven, sich unmittelbar nach Feststellung des Kostenrahmens der Ausbauvariante 3.2+E durch die DEGES im Zuge der Beratungen ihrer Haushalte für die Jahre ab 2012 über die auf Land und Stadtgemeinde entfallenden Finanzbeiträge zu verständigen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass parallel zur Prüfung der Kostenberechnung weiter am Genehmigungsverfahren gearbeitet wird, damit es zu keinen Verzögerungen im Rahmen der Arbeiten für die Planfeststellung kommt.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, ihren Finanzierungsanteil so in Haushalt und mittelfristiger Finanzplanung zu verankern, dass der Bau des Hafentunnels Cherbourger Straße wie geplant im Jahr 2012 begonnen und bis zum Jahr 2016 fertig gestellt werden kann.

Frank Schildt, Sybille Bösch, Wolfgang Jägers, Max Liess,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Frank Willmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen